

Einleitung

Die Rede von der Solidarität erfreut sich in unseren Gesellschaften seit langem hoher Wertschätzung. Mit ihr ist eine erhebliche politisch-moralische Strahlkraft verbunden. Niemand würde von sich sagen, er lege Wert darauf, unsolidarisch zu handeln oder zu sein – oder er wolle in einer unsolidarischen Gesellschaft leben. Dabei ist notorisch unklar, was mit Solidarität eigentlich gemeint ist. Für die einen ist Solidarität ein moderner Moralbegriff, der als wohlklingende Alternative zu den älteren, mitunter verstaubt anmutenden Begriffen der Hilfsbereitschaft, der Mitmenschlichkeit und der als paternalistisch geltenden Barmherzigkeit fungiert. Hier gilt eine tief empfundene mitmenschliche Verbundenheit und daraus resultierende emphatische Hinwendung zu anderen, vor allem zu Schwachen und Notleidenden, als das identitätsstiftende Kennzeichen der Solidarität. Für andere ist Solidarität gerade keine Tugendkategorie, sondern ein egalitär-reziprok angelegter Begriff politischer Klugheit und politischen Handelns, in dem sich die historische Erfahrung artikuliert, dass Einzelne ihre Interessen und Bedürfnisse in sozialen Konfliktlagen kaum alleine, sondern viel eher durch kollektive Zusammenschlüsse mit Gleichgesinnten oder Gleichbetroffenen realisieren können. Wieder andere bezeichnen mit Solidarität vor allem die emotionalen Bindekräfte von auf sozialen Nähe-Beziehungen beruhenden Gruppen und Gemeinschaften und betonen die Unverzichtbarkeit entsprechender Interaktionsformen für eine gelingende individuelle Lebensführung. Und noch andere scheinen – ungeachtet höchst unterschiedlicher politischer Couleur – allein schon die Anrufung von ›Solidarität‹ für ein aussichtsreiches Hilfsmittel gegen die Verlust- und Verunsicherungserfahrungen zu halten, die die immer unübersichtlicher werdenden Komplexitätslagen einer markt- und kapitalgetriebenen globalen Expansionsökonomie mit sich bringen.

In all diesen Bedeutungsdimensionen verbinden sich mit der Rede von der Solidarität durchgehend ›warme‹ Assoziationen von Nähe und Gemeinschaft, von Mitgefühl und Zusammenhalt, von wechselseitig gewährleisteter Freiheit und Gleichheit, die die Solidarität zu einem besonderen, in seiner politisch-moralischen Aufla-

dung wohl unersetzbaren Hoffnungs- und Sehnsuchtsword der Gegenwart werden lässt. So finden sich denn auch kaum ernsthafte Distanzierungen von der Solidaritätsvokabel, obwohl diese in ihrer Geschichte, etwa in den Gewaltregimen des 20. Jahrhunderts, vielfach missbraucht und für massive Menschenrechtsverletzungen instrumentalisiert wurde – und bis heute nicht davor gefeit ist, für modernitäts- und freiheitsfeindliche Wahrnehmungsmuster verschiedenster Provenienz in Anspruch genommen zu werden.

Über den Siegeszug des semantischen Wärmestroms der Solidarität gerät in Vergessenheit, dass dieser Begriff schon von seiner Etymologie und seinen Ursprüngen in der römischen Rechtstradition her nichts mit emphatischen Verbundenheitsgefühlen, moralischen Tugenden und sozialen Nähe-Erfahrungen zu tun hat. Der im postrevolutionären Frankreich des 19. Jahrhunderts entstandene politisch-soziale Begriff der Solidarität kennzeichnet sich vielmehr – konstitutiv und von Anfang an – durch eine denkbar ›kalte‹ Grundierung. Schon seine ersten Spuren in der französischen Restaurationsphilosophie, aber auch bei französischen Vertretern der liberalen Nationalökonomie machen deutlich, dass der Topos der Solidarität zunächst völlig moral- und tugendfrei, wenn man so will: antihumanistisch und subjektlos daherkommt und dazu dient, ›unerbittlich geltende Naturgesetze‹ des gesellschaftlichen Lebens auf einen analytischen sozialwissenschaftlichen Begriff zu bringen. Und auch in den frühsozialistischen Bewegungen, in denen der Rede von der Solidarität erstmals auch ›warme‹ Konnotationen von sozialer Gemeinschaft und menschlicher Verbundenheit, von politischer und sozialer Gerechtigkeit zuwachsen, bleibt diese ›kalte‹ soziologisch-deskriptive Bedeutungsdimension einer *de facto*-Solidarität als dominante Bedeutungsschicht bestehen (Kapitel 1).

Prominent wurde die Solidarität als analytisch-deskriptive Kategorie zur Beschreibung der Strukturbedingungen der Stabilität und Persistenz komplexer, hochgradig arbeitsteilig organisierter Gesellschaften dann in der im Frankreich des 19. Jahrhunderts entstehenden Soziologie, die sich als eine szientistisch verfasste und am Vorbild der modernen Biologie orientierte ›Wissenschaft von der Gesellschaft‹ entwarf. Mit ihr kommt es gleichsam zu einer ›Soziologisierung‹ der politischen Philosophie, die mit den Wahrnehmungsmustern und Interpretationsroutinen, den Personenkonzepten und Gesellschaftsbildern des politischen und ökonomischen Liberalismus des 18. Jahrhunderts radikal bricht, ohne die normativen Errungenschaften der politischen Moderne, die Ideen von Freiheit und Gleichheit einfachhin aufkündigen oder delegitimieren zu wollen. Diese neue Wissenschaft setzt nicht länger am abstrakten Individuum an, sondern nimmt zunächst die sozialen Realitäten der im Modernisierungsprozess entstehenden Industriegesellschaften mit ihren Prozessen arbeitsteiliger Ausdifferenzierung und zunehmender sozialer Dichte in den Blick. Denn in dem Maße, wie die soziale Komplexität der modernen Gesellschaft steigt und ihre Mitglieder sich ökonomisch immer weniger als ›frei‹ und ›ungebunden‹, immer weniger als ›ihres eigenen Glückes Schmied‹ erfahren können, steigt

die Einsicht in die ›unentrinnbaren‹ wechselseitigen gesellschaftlichen Verflechtungsverhältnisse, von denen die individuellen Lebenschancen jedes einzelnen Mitglieds dieser Gesellschaft in fundamentaler Weise abhängen, sodass diesen *de facto*-Solidaritäten des modernen gesellschaftlichen Lebens politisch und moralisch eine immer größere Relevanz zuwächst.

In diesem Rahmen machte sich Auguste Comte auf den Weg, einen ›wissenschaftlichen Begriff der Solidarität‹ zu entwickeln, der die politisch-moralischen Stabilitätsgrundlagen der modernen Gesellschaft nicht mehr in der willentlichen Zustimmung der Einzelnen, sondern im sozialen Phänomen zunehmender Arbeitsteilung identifiziert; und Émile Durkheim ging den Entstehungsbedingungen einer durch Arbeitsteilung induzierten ›organischen Solidarität‹ nach, von der er vermutete, dass sie die Individuen moderner Gesellschaften zugleich autonomer und abhängiger, d.h. ›zu gleicher Zeit persönlicher und solidarischer‹ werden lässt; und zwar systemisch und hinter deren Rücken. Der liberalen, rationalistisch-abstrakten Moralphilosophie des Zeitalters der Aufklärung und der Vernunft wurde damit eine postliberale, sozialwissenschaftlich formatierte und an den historisch entstandenen *faits sociaux* orientierte Moralsoziologie entgegengesetzt, die mit der Autorität ›wissenschaftlicher Einsichten‹ die scheinbar unlösbaren ideologischen Grundsatzkonflikte zwischen dem monarchischen und dem republikanischen Lager, zwischen der ›reaktionären‹ und der ›revolutionären‹ Schule, wie Comte sie nannte, endgültig überwinden wollte. Und dabei fokussierte man sich zunächst auf die vermeintlich oder tatsächlich subjektlos-anonym ablaufende und sich gleichsam naturwüchsig einstellende *solidarité de fait*, ohne den normativen Kernüberzeugungen des 18. Jahrhunderts, den individuellen Prinzipien von freier Vernunft Einsicht und autonomer Selbstbestimmung, noch eine besondere soziologische Wertschätzung entgegenzubringen, auch wenn Comte und Durkheim die Leistungsfähigkeit einer solchen rein systemischen Integration später deutlich skeptischer beurteilen sollten (Kapitel 2).

Mit der zumal im deutschen Sprachraum wenig bekannten Reformbewegung des französischen *solidarisme* und seiner programmatischen Maxime *solidarité d'abord* erlebte die politische Moderne an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert dann einen fulminanten, wenn auch kurzlebigen solidaritätstheoretischen Aufbruch, der die szientistische Moralsoziologie des 19. Jahrhunderts mit der rationalistischen Moralphilosophie des 18. Jahrhunderts zu ›versöhnen‹ versuchte. Den Solidaristen ging es darum, der kalten *solidarité de fait*, dieser, wie sie sie nannten: *solidarité fatale*, eine von den Individuen eingesehene und bewusst akzeptierte, moralisch bejahte und in ihrem Verpflichtungs- und Verantwortungscharakter anerkannte *solidarité devoir*, eine *solidarité réfléchie et voulue* an die Seite zu stellen. Denn in dem Maße, wie dies gelingt, kann das solidaristische Denken der französischen Republik eine neue, den Herausforderungen der industriekapitalistischen Moderne gewachsene postliberale politische Programmformel zur Verfügung stellen, die die Hegemo-

nie des noch weithin an vorindustriellen Gesellschaftsbildern orientierten moralischen Dispositivs des Liberalismus zu überwinden erlaubt.

In diesem Rahmen entstanden sozialphilosophisch, sozialökonomisch und politiktheoretisch neue Standards für die normativen Selbstverständigungsdiskurse einer Republik, die angesichts der sozialpolitischen und sozialrechtlichen Herausforderungen des Industrialisierungsprozesses vor der Aufgabe stand, den liberalen Rechtsstaat zu einem postliberalen Wohlfahrtsstaat auszubauen. Das in der Ideen- und Institutionengeschichte der politischen Moderne bisher nicht vorgesehene Prinzip der Wohlfahrtsstaatlichkeit war in dieser Zeit zwar längst zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden; sein Legitimationshaushalt ließ sich mit dem überkommenen Methodenarsenal der liberalen politischen Philosophie aber nicht hinreichend ausstatten, sodass solidaristisch ansetzende Begründungskategorien nun zu einem Gebot der Stunde wurden; Begründungskategorien, die spezifisch postliberal formatiert sind, ohne dabei hinter die im europäischen Modernisierungsprozess mühsam erreichten Standards von individueller Freiheit und personaler Autonomie, von politischer Gleichheit und ›öffentlichem Vernunftgebrauch‹ zurückzufallen.

Zu den entscheidenden Protagonisten der solidaristischen Aufbrüche der Jahrhundertwende gehörten in je unterschiedlicher Weise sozialtheoretisch und reformpolitisch einflussreiche Persönlichkeiten wie Alfred Fouillée, Charles Gide und Léon Bourgeois, die heute zu Unrecht in Vergessenheit geraten sind. Sie entwickelten auf solidaritätstheoretischer Grundlage neuartige Konzepte und Kategorien zur Begründung moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit, etwa die Topoi der *justice réparative*, der *dette sociale* und des rückwirkenden *quasi-contrat d'association*, die die Sozialdoktrin eines ›Dritten Weges‹ jenseits von Individualismus und Kollektivismus in den Blick nahmen und deren Anregungs- und Innovationspotenzial bis heute nicht abgegolten sein dürfte (Kapitel 3).

Der solidaristische Diskurs der Jahrhundertwende brach jedoch überraschend schnell ab. Zwar sollte die Rede von der Solidarität im 20. Jahrhundert politisch und publizistisch einen erheblichen Siegeszug erleben und in höchst unterschiedlichen Kontexten reüssieren; allerdings sind in diesem Zusammenhang keine elaborierten Solidaritätstheorien entwickelt worden, die an die Aufbrüche des französischen Solidarismus angeknüpft und diese auf dem ambitionierten Normativitätsniveau der politischen Moderne und dem zunehmend unübersichtlichen Komplexitätsniveau arbeitsteiliger Industriegesellschaften fortgeführt hätten. Von daher ist heute ein nahezu vollständiges Fehlen anspruchsvoller Solidaritätstheorien der modernen Gesellschaft festzustellen, die es in Sachen interdisziplinärer Fundierung, systematischer Entfaltung, argumentativer Stringenz und allgemeiner Zustimmungsfähigkeit auch nur ansatzweise mit den verschiedenen, oft hoch differenziert ausgearbeiteten Freiheits-, Gleichheits- und Gerechtigkeitstheorien aufnehmen können, die der politische Liberalismus in seiner langen Erfolgs- und Dominanzge-

schichte in immer neuen Anläufen auflegen und etablieren konnte. Man kann vor diesem Hintergrund schon froh sein, wenn im gesellschaftstheoretischen und politikphilosophischen Diskurs der Gegenwart das Fehlen einer angemessenen Solidaritätstheorie überhaupt hinreichend bemerkt und als Desiderat deutlich zur Sprache gebracht wird (Kapitel 4).

Dem Siegeszug der Solidaritätsvokabel in der politischen Publizistik und Rhetorik steht damit ihre befremdliche ›Untertheoretisierung‹ in den Diskursen der Politik- und Sozialwissenschaften, der Moralphilosophie und der politischen Ethik gegenüber. Es dürfte deshalb an der Zeit sein für einen Neustart solidaristischer Vernunft, der die solidaristische Konzeption der Solidarität mit ihrem Einklang von *solidarité de fait* und *solidarité devoir* wieder in die politisch-moralischen Selbstverständigungsdiskurse der modernen Gesellschaft einzuspeisen und gegen die Dominanz liberaler Gesellschaftstheorien und Politikentwürfe in Stellung zu bringen versucht. Die Solidarität, dieses späte Kind der politischen Moderne, trat ja nicht zufällig zu dem Zeitpunkt auf die Bühne, als die individuelle Freiheit des Einzelnen und die rechtliche Gleichheit aller – wenn man so will: ihre beiden älteren Geschwister – im gesellschaftlichen Industrialisierungsprozess ihre sozialwissenschaftliche Unschuld zu verlieren begannen und das individualistische Dispositiv des politischen Liberalismus an seine historischen Grenzen geriet. Und sie könnte auch heute noch das Zeug haben, als Basiskategorie der theoretischen und normativen Selbstverständigungsdiskurse moderner Gegenwartsgesellschaften zu fungieren und dabei die Freiheits- und Autonomiektionen des 18. Jahrhunderts mit den Abhängigkeits- und Interdependenzktionen des 19. Jahrhunderts produktiv zu verbinden (Kapitel 5).

Wenn im Verlaufe dieser Arbeit deutlich würde, dass die postliberalen Ansätze der solidaristischen Solidaritätstheorien noch immer genügend theoretisches Anregungspotenzial haben, um einen angemessenen – und ihnen gegenwärtig nicht eingeräumten – Platz auf der Agenda heutiger politischer Philosophie zu reklamieren, hätte die Studie ihr Ziel erreicht.

